

Nicht-Regierungsorganisationen

Heidelberger Manifest

Unterzeichner-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums.

Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestopp um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren.

Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist.

Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus. Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen

Öffentlichkeits-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der - ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik - dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahre 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken.

Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.

Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung einer parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht - im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern - , das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems so erschwert, ist die Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus

Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ("Germanisierung"). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. "Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn)

erhoben wird. Wir betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Linksextremismus wenden.

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ("Germanisierung"). Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden.

"Jede Nation ist eine einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn).

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht nicht aus vom Begriff "Nation" als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff "Volk", und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden vom ihm wenden werde."

Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes.

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung.

Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5. 4. 1981 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell gegeben.

Obgleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff "Volk", und zwar vom deutschen Volk ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung den Amtseid leisten:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde." Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können, daß es das deutsche Volk ist, um dessen "Erhaltung" es geht. Wer aus diesem Begriff folgert, daß es auch nichterhaltenswerte Völker gäbe, interpretiert gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet gröblich unser Anliegen.

Wir scheuen uns auch nicht, daran zu

erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebenes Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs schwerste gefährdet werden könnte.

Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassistischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen? Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern - und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative

Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden?

Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern - und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat - selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen - wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten.

Nahezu keiner der Verantwortlichen und Funktionäre der großen gesellschaftlichen Körperschaften hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen, geschweige denn ein realistisches Konzept einer langfristigen Politik vorzuschlagen. Wir halten deshalb die Bildung einer

wie individuelle Mitgliedschaft ermöglicht.

Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten.

Über die Aufgaben dieses Bundes soll auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Beirat wachen. Eine Pressestelle soll die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für notwendig, die allen Verbänden, Vereinigungen usw., die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur, Religion und Lebensweise widmen, aber auch Einzelpersonen Mitarbeit ermöglicht.

Gerade wir Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es nach wie vor gehört, Ausländern (insbesondere aus der sog. 3. Welt) eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung in unserem Lande zu ermöglichen, müssen auf Grund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage und die bedrohlichen Konsequenzen der im Gang befindlichen Entwicklung in aller Öffentlichkeit hinweisen.

Für den Heidelberger Kreis: Professor Dr. phil. habil. Bambeck, Professor Dr. Fricke, Professor Karl Götz, Professor Dr. phil. Haverbeck, Professor Dr. rer. nat. Illies, Professor Dr. theol. Manns, Professor Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a. D., Professor Dr. jur. Rasch, Professor Dr. Riedl, Professor Dr. med. Schade, Professor Dr. rer. nat. Schmidt-Kaler, Professor Dr. rer. nat. Schröcke, Professor Dr. med. Schürmann, Professor Dr. phil. Siebert, Professor Dr. phil. Stadtmüller.

Mainz, den 31. 1. 1982

Prof. Dr. phil. Bambeck (Frankfurt), Prof. Dr. rer. pol. R. Fricke (Karlsruhe), Prof. Dr. phil. W. Haverbeck (Vlotho), Prof. Dr. rer. nat. J. Illies (Schlitz), Prof. Dr. theol. P Manns (Mainz), Prof. Dr. jur. H. Rasch (Bad Soden), Prof. Dr. nat. W. Rutz (Bochum), Prof. Dr. rer. nat. Th. Schm.-K. (Bochum), Prof. Dr. med. K. Schürmann (Mainz), Prof. Dr. phil. F. Siebert (Mainz), Prof. Dr. phil. G. Stadtmüller (München).

Dokument aus "Frankfurter Rundschau"; 04. 03. 1982

Artikel aus dem Buch "VIA" (Hg.): SOS - Rassismus - Biographie einer Aktion, Berlin 1985